

Prof. Rolf Wernstedt

„Wie sind die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts aus deutscher Perspektive einzuordnen?“

Vortrag im Stift Obernkirchen am 26. 1. 2011

Die etwas langweilige Überschrift erfordert sogleich eine mehrfache Einschränkung: Es geht natürlich um die gesamtdeutsche Perspektive auf einen Abschnitt der alten Bundesrepublik, ausgeschlossen ist die Perspektive auf die DDR. Das wäre ein interessantes eigenes Kapitel.

Es geht auch nicht um die **eine** Perspektive, sondern es gibt möglicherweise viele, und es geht auch nicht um die ganze Welt, sondern es geht um die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Probleme in den 70 Jahren der alten Bundesrepublik sowie um einige zeitgenössische und einige aktuelle Einschätzungen dieser Probleme.

Internationale Bezüge werden, wenn auch spärlich, berücksichtigt.

Diese methodische Einschränkung ist deswegen notwendig, weil die Erklärung ganzer Zeitepochen geordnet werden muss. Epochen werden zwar zeitlich verstanden, sind aber nicht fixierbar auf Kalenderdaten, sondern eine historische Konstruktion. Unter „70er Jahre“ will ich die Zeit der sozialliberalen Koalition von 1969 bis 1982 verstehen. In ähnlicher Weise hat man ja auch vorgeschlagen, das 20. Jahrhundert auf die Zeit von 1914 bis 1989 inhaltlich zu begrenzen.

I. Problemanzeigen

Ich spreche in 6 Punkten von Themen, die ich in dieser Zeit für besonders wichtig halte und über die ich diskutieren möchte. Ich trenne sie in der Abfolge der Probleme, sie sind aber in komplexer gegenseitiger Beeinflussung zu verstehen.

1. Innenpolitische Fragen

Mit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler einer sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 vollzog sich auf staatlicher Ebene eine schon den Zeitgenossen sehr deutlich empfundene Veränderung des politischen Selbstverständnisses und der Problemsicht der westdeutschen Gesellschaft.

Waren die 50er und 60er Jahre durch die wirtschaftliche Restrukturierung, „Wiederaufbau“ genannt, außenpolitische Westbindung und die allmähliche Durchsetzung und innere Akzeptanz des repräsentativen parlamentarischen Verfassungsstaates gekennzeichnet, begannen in den 60er Jahren erste wirtschaftliche Krisenerscheinungen (Umstrukturierung des Ruhrgebietes, sinkende Wirtschaftsdaten, die man durch Stabilitätsgesetz und verschiedenen Förderprogramme überwinden musste) und eine intensive Diskussion um die Vergangenheitsverantwortung des „Establishments“ (Auschwitz- Prozess) und das Demokratieverständnis (Notstandsgesetzgebung).

Die Formel „**Wir wollen mehr Demokratie wagen**“ in der ersten Regierungserklärung Brandt im Herbst 1969 versuchte in einem Satz zu vereinigen, was an Demokratisierungsdebatten in Politik und Gesellschaft vorbereitet war.

Der Satz wurde im Bewusstsein gesprochen, dass die Erhaltung und Mehrung des Wohlstands verbunden sein müsste mit größeren Beteiligungsrechten in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Ausdruck dieses Willens war das neue Betriebsverfassungsrecht, Expansion und Qualitätsverbesserung der Bildung in Schule und Hochschule (Ausfüllung der Vorschläge des Bildungsrates), sehr hohe Tarifabschlüsse. Im öffentlichen Dienst gab es einmal eine Erhöhung von 11 %.

Die zusammenfassende politische Formel dafür war die „**partizipatorische Wohlstands- Demokratie**“ in der zweiten Regierungserklärung Brandt 1972.

Der auf Veränderungen und Innovation ausgerichtete Optimismus, der durch die ziemlich allgemein gehaltenen Zukunftsformulierungen gespeist wurde, verflieg im Laufe des Jahres 1973 mit den beginnenden ökonomischen Schwierigkeiten.

2. Außenpolitische Lage

Die größte mediale Aufmerksamkeit hatte allerdings die forsche Inangriffnahme der neuen Ostpolitik. Die starre Adenauersche Außenpolitik, auf der Basis des Kalten Krieges und einer Politik der Stärke ruhend, war eigentlich schon 1961 mit dem Bau der Mauer gescheitert. Da die westdeutsche Bevölkerung trotz aller Furcht vor der bolschewistischen Sowjetunion und ihrer Satelliten keine Politik mehr wünschte, die auch nur in die Nähe eines dritten Weltkrieges (Revision der Grenzen) hätte führen können, war die durch Brandt und Bahr gewählte Formel vom „Wandel durch Annäherung“ in weiten Teilen der Gesellschaft wie eine Befreiung empfunden worden.

Die sog. Ostverträge (Warschau, Moskau, Grundlagenvertrag mit der DDR, Passierscheinabkommen) bilden das Markenzeichen dieser Zeit. Die Bundestagswahl im Jahr 1972 war gleichsam eine Volksabstimmung über die Ostverträge und hat die Auffassungen in der deutschen Bevölkerung in dieser Frage ans Licht gebracht

Diese Zeit hat das wohl symbolträchtigste historische Bild der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert hervorgebracht, Willy Brandts Kniefall vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos.

In dieser Geste verdichten sich mehrere Linien deutscher Geschichte:

- ein deutscher Kanzler verneigt sich vor den Opfern des Holocaust und übernimmt gleichsam Verantwortung für Taten, die mit ihm als Person und seinen politischen Überzeugungen gar nichts zu tun haben.
- Ein deutscher Kanzler, der von 1933 bis 1945 Emigrant war, tut dies in nationaler Gesinnung und durchbricht damit die bis dahin geltenden nationalpatriotischen politischen Zuschreibungen.
- Ein deutscher Kanzler kniet in Warschau, das durch den 2. Weltkrieg schwer geschädigt worden ist. Er verändert dadurch das Bild von Deutschland in allen von Deutschland im 2. Weltkrieg überfallenen Ländern
- Ein deutscher Kanzler vollbringt eine so starke Geste, dass die überkommenen oberflächlichen Vorstellungen von Ehre und Standhaftigkeit relativiert werden.

Die 70er Jahre waren außenpolitisch für die Bundesrepublik Jahre der Entspannung. Innerdeutsch waren Reise- und Besuchserleichterungen ausgehandelt und praktiziert, außenpolitisch war durch die politische Anerkennung der DDR eine Beruhigung eingetreten. In Helsinki wurde 1975 das International wirksame Abkommen zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet (KSZE- Schlussakte), die bis heute zu den wichtigsten kollektiven Staatsverträgen gehört. In der Form der OSZE wirkt sie bis heute.

3. Kulturell- ideologische Komponenten

Man kann die 70er Jahre nicht verstehen, wenn man nicht die kulturell- politische Hintergrundmusik mithört, die in den 60er Jahren in der ganzen westlichen Welt und auch in Westdeutschland spielte.

Die von den Hochschulen ausgehenden Friedens- und Gleichheitshoffnungen, die mit der Ablehnung des Vietnam- Krieges und der Gleichberechtigungsforderungen von Ländern der dritten Welt zusammenhingen. (Frau Gilcher- Holtey hat darüber in der letzten Veranstaltung berichtet), rüttelten in der ganzen westlichen Welt junge Menschen auf.

In West- Berlin und Westdeutschland verknüpfte sich die Demokratisierungsforderung mit der Frage der sog. Vergangenheitsbewältigung. Die in den 60er Jahren ja immer noch in beträchtlicher Zahl vorhandenen ehemaligen Nationalsozialisten in führenden Positionen der Gesellschaft (Hochschulen, Gerichte, Schulen, Verwaltungen, Politik, Wirtschaft, Journalistik) gerieten spätestens mit den großen NS- Prozessen in legitimatorische Erklärungsnot über ihre Rolle in der NS- Zeit und damit ihren Führungsanspruch als Eliten. Da es sich hierbei in Deutschland auch um einen Generationenkonflikt handelte, waren damit zugleich auch Alltagsnormen des Verhaltens, der Tabus, der Geschlechtermoral, der unbefragten Autorität in Familie und Institutionen etc. verbunden.

Es begann sich eine von breiter Aufmerksamkeit getragene emanzipatorische kulturelle Szene zu verbreiten, die von phantasievollen Aktionen bis zu gewaltbereiten Aktivitäten reichten.

Die von den Hochschulen ausgehenden Provokationen gründeten in anspruchsvollen Beschäftigungen mit der Demokratie, der Marx- Rezeption, der Bildungspolitik, den ideologischen politischen Grundlagen der Bundesrepublik und ihren Werten und ihrer Glaubwürdigkeit. Schon 1965 hatte Karl Jaspers mit seinem spektakulären Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ einen ungewöhnlich kritischen Ton angeschlagen.

Auf die Straße getragen nahmen diese Gedanken auch Formen von Propaganda- Slogans an, die viele eher befremdeten (Trennung von Gewalt gegen Sachen und Personen, kollektive Beschimpfungen, Sit- Ins, Demonstrationen, Blockaden, „Macht kaputt, was Euch kaputt macht“ etc.), die aber in einem längeren Blick zu einer Flexibilisierung von Erlaubtem und Unerlaubtem führten. Die heute üblichen Deeskalationsstrategien der Polizei wurden damals ebenso entwickelt wie neue Wohnformen (WG) oder Frauengleichberechtigung. Manches, was heute selbstverständlich und Allgemeingut ist, gründet in diesen Auseinandersetzungen. Man könnte fast von einer List der Vernunft reden, die hinter der Oberfläche sich in größerer Verhaltensflexibilität aus Freiheitsdrang etablierte.

In diesen Jahren setzten sich in den Schulen die Behandlung der schuldhaften Rolle Deutschlands am 2. Weltkrieg, der modernen Literatur und reformerischer Gedanken in der Didaktik und Methodik durch. Auch dies hatte in den Gutachten des Deutschen Bildungsrates

und in neueren Forschungsergebnissen der historischen und Sozialwissenschaften ihre seriöse Grundlage.

Es begann die kulturelle Hegemonie eines linksliberalen öffentlichen Diskurses in Theater, Bildungseinrichtungen, Medien, Zeitschriften. Mir hat vor einigen Tagen der Leiter des Friedrich-Verlages in Velber bei Hannover (Deutschlands größter pädagogischer Verlag mit 146 Zeitschriften) erzählt, dass damals die Auflagen der Zeitschriften in die Tausende gingen, heute die meisten nur in die Hunderte.

Gleichwohl gab es spürbare Gegenbewegungen. In der Philosophie scharten sich hinter den Autoren Hermann Lübbe, Golo Mann, Robert Spaemann, Hans Maier u. a. Gegenstimmen, die alle Kritik im Gefolge der 68er als marxistisch qualifizierten und die „geistige Situation“ in der Bundesrepublik“ besorgniserregend fanden (1974).

Da waren schon seit Jahren eifrige und emotionsgeladene Auseinandersetzungen um die Hessischen Rahmenpläne in Deutsch und Geschichte, die Errichtung von Gesamtschulen, die Handreichungen in Niedersachsen im Gange. Der Bund Freiheit der Wissenschaften sammelte seine Anhänger, in Niedersachsen kippte das Bundesverfassungsgericht das sog. Vorschaltgesetz durch die Etablierung einer Forschungssicherungsklausel.

Der Schwung der ersten Reformjahre schien in der Politik 1976 mit der überraschenden Wahl Ernst Albrechts zum niedersächsischen Ministerpräsidenten im Februar und der fast absoluten Mehrheit der CDU/CSU bei der Bundestagswahl im Herbst zu Ende.

Die scharfen Auseinandersetzungen- auch in der Wortwahl des vom CDU-Generalsekretär Heiner Geißler verantworteten Wahlslogans „Freiheit statt Sozialismus“- hatten propagandistisch ihren Anknüpfungspunkt in der Entstehung des Terrorismus der RAF und seines nicht klar konturierten Anhängerkreises.

Die meisten Studenten, die sich in den 60er Jahren in den politischen Aktionen beteiligten oder ihrem kritischen und antiautoritären Grundanliegen zustimmten, engagierten sich in den etablierten Parteien, vor allem der SPD und der linksliberalen FDP, und konnten somit für das parlamentarisch repräsentative System gewonnen werden. Damals hielt man die Parteien noch für reform- und auch durchsetzungsfähig. Dieser Vorgang bedeutete auch einen ungeheuren innerparteilichen Demokratisierungsschub.

Aber ein relativ kleiner Teil (nicht die DKP, die in Leninscher Tradition gegen individuellen Terror war), sammelte sich in kleinen Gruppen, die in quasirevolutionärer Selbstüberschätzung die Mobilisierung des Proletariats versuchten (K-Gruppen) oder durch individuellen Terror in der Folge der südamerikanischen Stadtguerilla eine politische Massenbewegung initiieren wollten.

Von der Baader-Meinhof-Gruppe, die 1972 verhaftet wurde, bis zur zweiten Generation der RAF, die bis zum Herbst 1977 Aufsehen erregende Attentate auf politische und wirtschaftliche Persönlichkeiten verübten, zieht sich ein kontinuierliches und breites Band von medialen und administrativen Aufmerksamkeiten. Es bestand in der breiten Masse der Bevölkerung keine Sympathie für den Terrorismus. Sein verbrecherischer Charakter, der sich in keiner Hinsicht auf nachvollziehbare politische Motive berufen konnte, stand nie in Frage. Die Ablehnung war einhellig. Die mediale Aufmerksamkeit stand in keinem Verhältnis zu den realen Bedrohungen.

Willy Brandt vereinbarte mit den Ministerpräsidenten der Länder 1972 den sog. Radikalenerlass, der die Einstellung in den öffentlichen Dienst von einem Bekenntnis zur freiheitlich- demokratischen Grundordnung abhängig machte und bis weit in die 80er Jahre zu einer Dauerüberwachung junger Leute führte. Nicht die beamtliche Eidesformel war das Problem, sondern die flächendeckende Beobachtung auch von offensichtlich völlig unschuldigen Jungakademikern

Solche Praktiken der Bundes- und der Landesregierungen- auch der sozialdemokratisch geführten- schienen den radikalen Gruppen eine argumentativer Grundlage zu bieten für die exzessive aggressive Denunziation der politischen Verfasstheit der Bundesrepublik.

Auf der konservativen Seite des politischen Spektrums führte dies zu dem Versuch, die Positionen von SPD und mittelbar der FDP als unzuverlässig und sozialismusanfällig zu verdächtigen.

Da machte es keinen Unterschied, ob der ehemalige politische Emigrant Willy Brandt oder der ehemalige Wehrmachtsoffizier Helmut Schmidt Bundeskanzler waren. In den rhetorischen Schlachten dieser Jahre brach das über hundert Jahre alte konservative Urteil über die Sozialdemokratie subkutan wieder durch. Sozialdemokraten waren danach demokratisch unzuverlässig, potentiell gefährlich und politisch leichtgläubig. Um dies zu belegen, machte man genüsslich personelle Verbindungen zu sog. Sympathisanten öffentlich (Heinrich Böll, Peter Brückner, Heinrich Albertz u. a.). Innerhalb der Sozialdemokratie führten diese Beobachtungen zu lang dauernder Verbitterung.

Man kann es dem alten Helmut Schmidt in seinen Äußerungen heute noch anmerken, dass die politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem RAF- Terrorismus für ihn nicht nur politische, sondern existentielle Dimensionen hatte, die sich eigentlich dem tagespolitischen Streit entziehen sollten.

4. Die ökologische Frage

Die 70er Jahre sind die Zeit, in der sich die ökologischen Fragen in den Vordergrund schoben. Willy Brandt war im Bundestagswahlkampf 1965 noch verlacht worden, als er einen „blauen Himmel über der Ruhr“ forderte.

Zu sehr standen die Fragen der ökonomischen und sozialen Sicherung im Vordergrund. Umweltbewusste politische Entscheidungen galten noch lange Jahre als im Widerspruch zu den ökonomischen Erfordernissen stehend. Auch die studentischen Gruppen haben den ökologischen Fragen keine politische Priorität eingeräumt.

Wirklich ins Bewusstsein kam die Umweltproblematik erst durch die Studie „Grenzen des Wachstums“, das 1972 vom Club of Rome vorgelegt worden ist. Die dort vorgetragenen Argumente „Zur Lage der Menschheit“ sind der Beginn einer Sichtweise, die das seit der industriellen Revolution und der wissenschaftlich- technischen Möglichkeiten vorherrschende Fortschrittsverständnis grundsätzlich in Frage stellen.

Die entscheidende Frage ist seitdem die Reichweite der natürlichen Energie- und Rohstoffquellen der Welt und der Zustand der Natur.

Auch dann, wenn man berücksichtigt, dass die damaligen Annahmen noch ungenau waren, so ist die Perspektive der Endlichkeit der Ressourcen und der Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Sie fordert, zu Ende gedacht, die Abkehr von lieb gewordenen Annahmen politischer und ökonomischer Gestaltung.

Es ist im Nachhinein sehr erstaunlich, dass die SPD, die seit 1970 intensiv und in aller Breite an einem Langzeitprogramm arbeitete, das schließlich 1975 im sog. Orientierungsrahmen 85 mündete, die ökologische Frage überhaupt nicht aufgenommen hat.

Auch im Regierungsprogramm 1976 ging es um technisch- wissenschaftliche Aussagen und ihre politische Nutzung .

Bei der CDU/CSU und der FDP war ebenfalls von ökologischer Perspektive keine Rede.

Auch die friedliche Nutzung der Atomenergie war unter den in den Parlamenten vertretenen Parteien nicht umstritten. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich etwa 1976/77 das Interesse auf die Frage der Nutzung der Kernenergie, ihrer nicht gelösten Endlagerung von radioaktiven Abfällen sowie der Sicherheitsfragen verschob. Riesige Demonstrationen in Grohnde, Brokdorf, später Wackersdorf und die Auseinandersetzungen um die Wiederaufbereitungsanlage im Wendland (in Hannover demonstrierten 1979 mehr als 120 000 gegen die Pläne im Wendland.) zeigten, dass die Atomfrage, die eine Unterfrage des gesamten Ökologie- Problems darstellte, Massen mobilisieren konnte. Albrechts resignierende Schlussfolgerung lautete, dass das Wiederaufbereitungs- Projekt zwar technisch möglich, aber politisch nicht durchsetzbar sei.

Vo allem für junge Menschen sind seitdem die Umweltfragen die wichtigsten politischen Fragen, bis heute hin.

In der Bundesrepublik Deutschland begann sich über die Hochschulen die ökologische Denkweise Gehör zu verschaffen. Die frei floatierenden linken Gruppen, undogmatisch, antiautoritär, in der Parteienlandschaft nicht verankert, mit dem Terrorismus nicht verbündet begannen, sich in ökologischen Gruppen zu organisieren.

Es war ausgerechnet ein CDU- Bundestagsabgeordneter, Herbert Gruhl aus Barsinghausen, der 1975 in einem Buch „Ein Planet wird geplündert“, eine ökologische Gesamtrechnung aufmachte und die bisherige Politik scharf kritisierte. Sein konservatives Gesamtverständnis hinderte ihn nicht daran, der Umweltproblematik so große Bedeutung zuzumessen, dass er mit der CDU brach.

Kennzeichen der mit den ökologischen Fragen beschäftigten Menschen war ihr hoher Bildungsgrad, ihre fachliche Diversivität und ihr politisches Interesse. Dies war allerdings nicht in den klassischen Formen der Parteiengewohnheiten zu leisten, sondern nur in intensiven, oft chaotisch erscheinenden Diskussionsrunden, in den neben praktischen Fragen auch viel Grundsätzliches über Lebensqualität, Zukunftsverantwortung und Schöpfung die Rede war.

Man kann die deutschen Parteien und Gewerkschaften nicht von dem Vorwurf freisprechen, dass sie die ökologischen Fragen in den 70er Jahren vernachlässigt und deren Grundsätzlichkeit nicht verstanden haben.

Das politische Ergebnis war der Einzug der Grünen (GLU, AL,) in Kommunal- und Landesparlamente und 1983 schließlich in den Bundestag.

Ihre politische Basis waren häufig Bürgerinitiativen (BUND), Projektgruppen oder andere lockere an Problemen orientierte Arbeitsgemeinschaften. Ihre Professionalisierung übertrifft

häufig die biederen Parteiarbeiter der herkömmlichen Parteien, dies gilt besonders für eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit mit gekonnten Bildern und Aktionen.

Der Aufbau von international agierenden Nicht-Regierungsorganisationen, die potente Sponsoren haben, begründet eine internationale Vernetzung. Die aus diesen Bewegungen hervorgehenden Organisationen wie Greenpeace, Ärzten ohne Grenzen, Terres des hommes, neuerdings ATTAC u. a. haben in den damaligen Zeiten ihren Wurzeln.

5. Frieden und Sicherheit

Alle diese Probleme spielten sich im Windschatten der weiter existierenden Ost- West-Problematik ab. Ihre Gefährlichkeit angesichts der atomaren Hochrüstung war immer gegenwärtig. Deshalb war die Entspannungspolitik von entscheidender Bedeutung.

Und dennoch war mit der Schlussakte von Helsinki der Friedensprozess nicht gesichert.

Die Sowjetunion hatte, wie sie behauptete, aus eigenen Sicherheitsinteressen gegenüber dem Westen, entschieden, die atomare Bedrohung Europas und vorwiegend Deutschlands nicht den Langstreckenraketen zu überlassen, sondern durch die Reichweite von SS 20 Raketen mit mittlerer Reichweite (etwa 2000 km) zu ergänzen.

Dies wiederum stellte die NATO vor die Frage, ob sie dadurch in einen strategischen Nachteil brachte und politisch erpressbar machte.

Vor allem Bundeskanzler Schmidt machte sich bei den Amerikanern dafür stark, der sowjetischen Stationierung eine westliche entgegenzusetzen, also nachzurüsten.

Es begann die Auseinandersetzung um die Nachrüstung, die durch die Stationierung von Pershing- II- Raketen, die Deutschland endgültig zum bevorzugten Schlachtfeld eines möglichen atomaren Krieges gemacht hätte.

Diese Perspektive hat damals Millionen Deutsche beunruhigt und auch die Kirchen und Gewerkschaften in die Stellungnahme gezwungen.

Die politisch sich weder in der sozialliberalen Koalition noch in der Opposition vertreten gesehenen Menschen gingen auf die Straßen.

Manche behaupten, die großen Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten seien die größten in der BRD gewesen (300 000).

Die Beunruhigung und Kriegsangst (in Deutschland aus nahe liegenden Bedrohungsgründen und historischer Erinnerung vielleicht noch nachdrücklicher empfunden als anderswo) war generationenübergreifend.

Auch diejenigen, die sich für die Nachrüstung aussprachen- und nach der Bundestagswahl 1983 zeigte sich, dass es die Mehrheit war- , taten dies natürlich nicht in dem Willen, einen atomaren Krieg zu tolerieren, sondern aus Zustimmung gegenüber der NATO- Doktrin, durch gleichgewichtige Hochrüstung den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

Jedenfalls hat die Nachrüstungsfrage zu einer nachhaltigen Diskrepanz zwischen der Regierung und großen Teilen der sie tragenden SPD geführt, die zu einer Schwächung der Autorität des Bundeskanzlers Helmut Schmidt beigetragen hat.

Ende der 70er Jahre verschlechterte sich die weltpolitische Rolle der USA: 1979 war der einst sichere Verbündete Schah von Persien durch die islamische Revolution vertrieben worden, zum Jahreswechsel 1979/80 marschierte die Sowjetunion in Afghanistan ein.

Der eigentlich friedensbewegte demokratische Präsident Carter wurde durch den ehemaligen Schauspieler (ich sag dies nicht abschätzig, sondern weil er der Repräsentant einfacher wirkungsvoller Sprache war) Ronald Reagan von den Republikanern abgelöst.

Die USA fühlten sich durch die Veränderungen ihrer geostrategischen Position herausgefordert und begannen mit einer beispiellosen Erneuerung ihres Waffenpotentials. Sie wollten sich durch die Entwicklung eines Raketenschutzschildes unverwundbar machen (SDI).

Da dies aufgrund der damaligen technologischen Standards noch nicht möglich war, wurde ein neues milliardenschweres Entwicklungsprogramm aufgelegt, in dem die neuen Möglichkeiten vernetzter Computer (Vorformen des Internet) und neuer Materialien und zielgenauer und sog. intelligenter Waffensysteme ausprobiert wurden.

Dies überforderte auf der anderen Seite die Kapazitäten und die Wirtschaftskraft der Sowjetunion und leitete den Auflösungsprozess des Kommunismus unter dem Generalsekretär Gorbatschow ein.

Mit Blick auf die Nachrüstung behauptet bis heute unwiderlegt Helmut Schmidt, dass er mit seiner kühl kalkulierten Strategie Recht behalten habe.

Jedenfalls stellte sich 1982, als die FDP die Koalition verließ, die politische Linke tief gespalten dar. Die SPD konnte nicht mehr von sich behaupten, sie vereinige alle linken politischen Kräfte in ihren Reihen, obgleich viele noch lange dem Glauben anhängen, die in den Grünen versammelten Kräfte seien eigentlich ihre Kinder.

Vor allem in den Formen unkonventioneller politischer Beteiligung (Bürgerinitiativen) und dem in der SPD unausgetragenen Konflikt von Ökonomie und Ökologie waren Grüne und SPD in einer Partei unkompatibel.

6. *Ökonomie*

Die 70er Jahre standen ökonomisch zunächst noch unter dem Eindruck der wichtigen Grundentscheidungen der Großen Koalition von 1966- 1969. Karl Schiller als Wirtschaftsminister und Franz- Josef Strauß als Finanzminister hielten es noch für selbstverständlich, dass der Staat mit Konjunkturprogrammen und gesetzlichen Rahmenvorgaben (Stabilitätsgesetz für ein wirtschaftliches Gleichgewicht) eine schwächelnde Wirtschaft unterstützen müsste.

Dies ist auch geschehen, wenngleich mit Mitteln, die heute als vergleichsweise gering erscheinen (2 Milliarden DM).

Dem lag die herrschende wirtschaftstheoretische Doktrin des englischen Ökonomen J. M. Keynes zu Grunde.

Ob die Konjunkturprogramme wirklich den Aufschwung der Anfang der 70er Jahre bewirkt haben, ist in der Literatur strittig. Dass aber durch die relativ hohen Tarifabschlüsse das Gefühl einer Beteiligung am gemeinsam erarbeiteten Reichtum sich einstellte, ist nicht verwunderlich. Die Verteuerung der Preise wurde durch die höheren Einkommen kompensiert.

Der Staat als ökonomischer Mitspieler hatte eine wichtige Rolle bei der Garantie der Währungsstabilität und als Investor im öffentlichen Sektor.

Die damals schon hoch export- orientierte deutsche Wirtschaft bekam allerdings schon 1973 bei der Verteuerung der Rohölpreise die Abhängigkeit vom Weltmarkt zu spüren. In bleibender Erinnerung ist der erste autofreie Sonntag geblieben.

Aber die in Aussicht genommenen Reformen (Bildung, Verwaltung, Wissenschaft, Justiz) und Infrastrukturmaßnahmen (Städtebau, öffentlicher Nahverkehr, Straßenbau etc.) zogen auch einen ungeheuren Finanzbedarf der staatlichen Haushalte nach sich. Es wurden in der Bundesrepublik in einem Zeitraum von 12/ 13 Jahren noch nie (bis heute) so viele Lehrer, Hochschullehrer und anderes Personal eingestellt wie damals.

Dies war nur über Kreditaufnahme bei den Banken möglich. Die öffentlichen Haushalte begannen mehr als in den Jahren davor zu steigen. Die Schulden nahmen zu. Es gab keinen qualitativen Unterschied zwischen rot oder schwarz regierten Ländern. Im Vergleich zu den heute üblich gewordenen Schulden, die aus den Erwartungen großer Teile der Bevölkerung resultieren, waren allerdings relativ spärlich im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der jeweiligen Haushalte.

Die Wirkung der 60/70er Jahre bis heute lässt sich auch daran ermessen, wie mit Steuern, ihrer Höhe und Verteilung und ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung umgegangen wird. Die Jahre der wirtschaftlichen Expansion waren begleitet durch einen eklatanten Mangel an Arbeitskräften, die man zur schnellen Befriedigung der Bedürfnisse (Auto, Urlaub, Hausbau) brauchte. Es sind die Jahre der von der Wirtschaft schon in den 60er Jahren begonnenen Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften, bis es 1973 zum Anwerbungsstop kam.

Der Terminus „Gastarbeiter“ soll freundlich klingen und verrät die Absicht, diese würden nach Erledigung ihrer Arbeit wieder nach Hause zurückkehren. So war es Deutschland in den 30er Jahren schon einmal mit Italienern oder Griechen gehandhabt worden.

Und die Praxis der Zwangsarbeiter im Weltkrieg hatte auch nur die Arbeitskraft der Menschen im Blick, nicht aber deren gesamten Lebensumstände (Familie, Dauer, Kinder, Sozialversicherungen etc.)

Die damals entstandenen Probleme haben wir bis heute nicht gelöst.

Als sich zu Beginn der 80er Jahre die wirtschaftliche Lage verschlechterte und die Zahl der Arbeitslosen stieg, führte dies zu großer Beunruhigung unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die ökonomisch falschen und oft mit ausländerfeindlichem Unterton vorgetragenen Forderungen, die ausländischen Arbeitnehmer wieder nach Hause zu schicken, vergaß den Umstand, dass die Türken, Italiener, Jugoslawen u. a. Arbeiten verrichteten, die

Deutsche nicht mehr machen wollten (Müllabfuhr, Bergbau, Bauhilfsarbeiter) oder konnten (Krankenschwestern, Pflegepersonal).

Als bleibende Erinnerung aber blieb die Erfahrung, dass die Jahre unbeschwerten Wachstums, Vollbeschäftigung und Krisensicherheit vorbei zu sein schienen.

Das Ende der sozialliberalen Koalition wurde endgültig eingeleitet durch das sog. Lambsdorf-Papier im September 1982, in dem aus wirtschaftsliberaler Sicht u. a. Änderungen im Arbeitsrecht verlangt wurden, die auf eine teilweise Aufkündigung wohl erworbener Errungenschaften der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie empfunden wurden und von Helmut Schmidt auch so eingeschätzt wurden. Das Papier enthält ein mehrere Seiten umfassendes detailliertes ökonomisches Programm, das mit den zwei Jahre zuvor ausgehandelten Koalitionsabkommen nur teilweise vereinbar war. Die sozialliberale Zeit war vorbei.

Trotz aller Protesten wegen der Atomenergie oder der Friedensfrage war für den sozialdemokratischen Kanzler, der sich als Fachmann für Wirtschaftsfragen auch im Weltmaßstab verstand, der Versuch, international wirksame Instrumente für eine vorsichtige Steuerung der Wirtschaft zu entwickeln ein Herzensanliegen. Die Idee des G7 Gipfels stammt von ihm. Heute ist er ausgeweitet auf 20 Staaten.

II. Einordnung der 70er Jahre

Der Versuch, die Bedeutung der 70er Jahre richtig einzuschätzen gibt ein zwiespältiges Bild. Neben einer positiv zu wertenden Demokratisierung der politischen und gesellschaftlichen Sphäre stehen Erfolge in der wirtschaftlichen und technischen Modernisierung. Aber es gibt deutliche Zeichen von ungelösten Problemen: die ökologischen Fragen, die Friedenssicherung in einer gespaltenen Welt und die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Eine Krise ist noch nicht dann existent, wenn das Bewusstsein ungelöste Probleme so benennt. Wenn es sich aber plausibel machen lässt, dass tiefer liegende Widersprüche existieren, ist dies anders.

J. K. Galbraith, der amerikanische Ökonom, hat im Jahre 1967 eine Tendenz im amerikanischen Kapitalismus ausgemacht, die damals in ihrer Tragweite nicht erkannt worden ist. Er beschreibt in seinem Buch „Die moderne Industriegesellschaft“ die Entwicklung, dass das amerikanische Industrie- Management dadurch unter Druck gerät, dass die Kreditgeber des Finanzsektors immer schneller und immer höhere Rendite erwarten. Dies führe dazu, dass nicht nach Gesichtspunkten langfristiger Produktivität und Gewinnerzielung entschieden werde, sondern nach kurzfristiger Rendite.

Hier begann sich eine Tendenz durchzusetzen, die durch die sog. neoliberale Schule theoretisch begründet wurde. Diese ist der Meinung, dass nur der Markt über Wohl und Wehe zu entscheiden habe und keine wie auch immer gearteten wirtschaftsfremden Gesichtspunkte des Allgemeinwohls. Der Aktionär ist das Maß aller Dinge, nicht der Arbeitnehmer oder der Unternehmer oder ein wie auch immer definiertes Allgemeinwohl.

Eine solche Auffassung steht dem sog. rheinischen Kapitalismus, wie er sich in der Großen Koalition quasi lupenrein präsentierte, entgegen. Dieser gründet auf der von Müller- Armack

formulierten Überzeugung, dass der Markt von sich aus keine Orientierung gebe, sondern durch Rahmenvorgaben sozial zu steuern sei.

In den 70er Jahren wurde das in Bretton Woods 1944 vereinbarte Abkommen, dass jede Währung auf Goldbasis begründet sein müsse und der Dollar als Leitwährung zu gelten habe, aufgegeben. Die USA hatten durch die exorbitanten Ausgaben des Vietnam- Krieges so viele Schulden aufgehäuft, dass eine Inflation drohte.

Die Freigabe der Wechselkurse brachte Deutschland eine Aufwertung seiner Währung und eine schärfere Rationalisierung seiner Unternehmen.

Es war Jürgen Habermas, der in seiner Schrift „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ im Jahre 1973 auf die grundsätzlichen Probleme hinwies, die für die demokratische Legitimation durch die kapitalistische Organisation der Wirtschaft entstehen.

Er macht eine politische Krisentendenz aus . „ Es gelingt dem legitimatorischen System nicht, in Erfüllung der übernommenen Steuerungsimperative des Wirtschaftssystems das erforderliche Niveau von Massenloyalität aufrecht zu erhalten“ (68).

Dem beigeordnet ist eine soziokulturelle Krisentendenz: eine solche Krise entstehe dann, wenn „zwischen den Anforderungen des Staatsapparats und des Beschäftigungssystems einerseits, den interpretierten Bedürfnissen und legitimen Erwartungen der Gesellschaftsmitglieder andererseits gestört ist“ (71).

Seine Analyse geht von der Beobachtung aus, dass das wirtschaftliche und politische System im Spätkapitalismus so eng miteinander verflochten sind, dass die zyklischen Krisen der Kapitaleseite auch die staatliche Seite in eine gemilderte Dauerkrise werfen.

Die Finanzkrise von 2008 ff. basiert auf der skrupellosen Anwendung freigesetzter Kapitalmärkte. Hieran waren nicht nur Reagan und Thatcher, sondern auch Kohl, Schröder und Eichel beteiligt. Der neoliberale Mainstream, Ende der 60er begonnen, setzte sich bis in die heutigen Krisen fort. Sie haben die Staaten in eine Situation gebracht, dass sie zur Rettung der Finanzmärkte (systemische Bedeutung) die Staaten beliebig erpressen können (Eurokrise).

Das politische Legitimationsproblem heute besteht darin, dass das Vertrauen in die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit des Staates gebrochen ist.

Nach dem Beinahe- Zusammenbruch der Finanzmärkte 2008 ff. traut man der Politik nicht die führende Rolle gegenüber den international agierenden Finanzinstituten zu. Man hält sie für zu kraftlos, wenn nicht zu feige, diesen Kampf aufzunehmen.

Das ist die Prophezeiung von Habermas, dass es von einem bestimmten Grad der Durchdringung von Kapitalinteressen und Staat nicht mehr gelingt, die Massenloyalität zu sichern.

Habermas macht übrigens schon 1973 darauf aufmerksam, dass es im Kapitalismus auch keinen Mechanismus gebe, den Raubbau an der Natur und die Gefährdung des Klimas zu stoppen.

Man sieht: Kenntnis von guten Analysen können vor Neuentdeckungen und Überraschungen schützen.

Sie könnten bei verständiger Rezeption aber auch zu flexiblerem Denken führen, das die Gefährdungen normativer Ansprüche an die Politik früher erkennt und gegensteuert.

Die 70er Jahre sind Schlüsseljahre der heutigen Welt. Was in ihnen auffällig war, ist inzwischen Geschichte. Was unauffällig war, wirkt umso deutlicher weiter.

Literaturhinweise:

Karl Jaspers: „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ Tatsachen. Gefahren. Chancen, München 1966.

Dennis Meadows: „Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

Jürgen Habermas: „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ edition suhrkamp 623, Frankfurt a. M. 1973.

„Tendenzwende“? Zur geistigen Situation in der Bundesrepublik, Stuttgart 1975.